

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Heinz Werner

Vom „Sorgenkind“ zum „keltischen Tiger“
Die Erfolgsgeschichte der Wirtschafts-
und Arbeitsmarktentwicklung in Irland

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-Heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Vom „Sorgenkind“ zum „keltischen Tiger“

Die Erfolgsgeschichte der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Irland

Heinz Werner*

Während in Deutschland die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau stagniert und die Beschäftigung seit 1992 zurückgegangen ist, kann für eine Reihe von Ländern das Gegenteil festgestellt werden. Irland fällt besonders aus dem Rahmen.

Seit 1993 hat sich die irische Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation laufend verbessert. Das Wirtschaftswachstum lag in den letzten Jahren bei 8 % - 11 % des Bruttoinlandsprodukts und übertraf damit die „Asiatischen Tigerstaaten“, deren Glanz bis vor kurzem leuchtete.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit 1993 halbiert, die Arbeitslosenquote fiel von 16 % auf unter 7 %. Mit der Verstetigung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den 90er Jahren wurden inzwischen Beschäftigungszuwächse von jährlich 3 % bis 4 % erreicht – die höchsten in der EU.

Die Ursachen für diesen spektakulären Umschwung in Irland sind vielfältig. Insbesondere ist aber die Kombination der folgenden Faktoren zu nennen:

- ein stabiles makroökonomisches Umfeld und der Abbau der Staatsverschuldung;
- die längerfristigen Beschäftigungspakte zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften;
- hohe ausländische Direktinvestitionen;
- die gute Qualifikation der irischen Arbeitskräfte;
- die Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials, wodurch bisher keine Engpässe auf dem Arbeitsmarkt auftraten;
- die erheblichen europäischen Transferzahlungen.

Weiterhin ist zu erwähnen, dass die relativ hohen Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und die große arbeitsrechtliche Flexibilität den Aufschwung am Arbeitsmarkt unterstützten.

Gliederung

- 1 Hintergrund
 - 2 Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit
 - 3 Die Entwicklung der Beschäftigung
 - 4 Die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung
 - 5 Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktverfassung
 - 6 Ursachen des Umschwungs in Irland
 - 7 Die irischen Beschäftigungspakte
 - 8 Einkommensverteilung
 - 9 Zusammenfassung und Bewertung
- Literaturverzeichnis

1 Hintergrund

Während in Deutschland die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau stagniert und die Beschäftigung seit 1992 zurückgegangen ist, kann für eine Reihe von Ländern eine positivere Entwicklung festgestellt werden.¹ Irland fällt besonders aus dem Rahmen (Tabelle 1). Innerhalb einiger Jahre wurde auf dem Arbeitsmarkt ein Umschwung erzielt vom „Sick Man“ zum „Celtic Tiger“. Im Jahre 1993 betrug die Arbeitslosenquote noch fast 16 %, inzwischen, Mitte 1999, liegt sie bei unter 7%. Hinsichtlich des Wirtschaftswachstums wurden sogar die „Asiatischen Tigerstaaten“ übertroffen, deren Glanz noch bis vor kurzem leuchtete. Die Wachstumsraten des Sozialprodukts lagen in den letzten Jahren bei 8 – 10%. Insofern lohnt es sich, einen Blick auf dieses Land zu richten und zu fragen, welche Gründe diesen Umschwung bewirkt haben.

Ähnlich wie bei den bisherigen Berichten des IAB zu beschäftigungspolitisch erfolgreichen Ländern wird zuerst ein Blick auf die Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit geworfen, dann auf die Beschäftigung. Anschließend wird auf die Komponenten des Beschäftigungswachstums eingegangen. In weiteren Kapiteln wird untersucht, welche Rolle Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktverfassung (arbeitsmarkt-relevante Regelungen) spielen und wie sich der Aufschwung auf die Einkommensverteilung ausgewirkt hat. Danach werden die Ursachen des Umschwungs dargestellt. Zum Schluss erfolgt eine Bewertung mit Folgerungen.

2 Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote lag für Irland in den 80er Jahren meist bei 16–18 % und immer weit über dem EU-Durchschnitt (Ta-

* Dr. Heinz Werner ist Wiss. Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.
An dieser Stelle möchte ich mich bedanken für die Hilfe bei der Informationsbeschaffung bei Prof. Jerry Sexton, Prof. John Fitz Gerald, Herrn Edgar Morgenroth (alle vom Economic and Social Research Institute), bei Frank Doheny (Department of Enterprise, Trade and Employment), bei Terry Corcoran (National Training and Employment Authority) und bei Dr. Sila O'Connor (National Economic and Social Council). Mein Dank geht auch an meine Mitarbeiterin Inge König für die Graphik- und Rechenarbeiten.

¹ Werner 1998. Im Heft 2/1998 der MittAB finden sich Länderberichte zu USA, Dänemark, Niederlande und Großbritannien. Verwiesen sei weiterhin auf die vier IAB-Kurzberichte zum Arbeitsmarkt in den USA (Nr. 1 vom 14. 2. 1997), den Niederlanden (Nr. 12 vom 12. 12. 1997), Großbritannien (Nr. 8 vom 17. 4. 1998) und Dänemark (Nr. 13 vom 29. 5. 1998). Sie sind im Internet unter <http://www.iab.de> zu finden und dort zum Download abrufbar.

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Arbeitslosenquote in Irland, in Deutschland und in der EU-15

	1986-90	1991-95	1996	1997	1998*	1999*	2000*
	Irland						
BIP-Wachstum (real)	4,6	6,2	8,3	10,6	11,9	9,3	8,6
Erwerbstätigenwachstum	1,1	1,9	3,9	3,2	6,1	4,9	3,8
Arbeitslosenquote	15,5	14,5	11,6	9,8	7,8	6,0	4,7
	Deutschland						
BIP-Wachstum (real)	3,4	2,0	1,3	2,2	2,8	1,7	2,4
Erwerbstätigenwachstum	1,5	-0,4	-1,3	-1,3	0,0	0,1	0,3
Arbeitslosenquote	5,9	7,3	8,9	9,9	9,4	9,0	8,7
	EU-15						
BIP-Wachstum (real)	3,3	1,5	1,8	2,7	2,9	2,1	2,7
Erwerbstätigenwachstum	1,3	-0,5	0,3	0,5	1,1	0,8	0,8
Arbeitslosenquote	8,9	10,0	10,9	10,6	10,0	9,6	9,2

* 1998 - 2000 Schätzung

Quelle: Europäische Kommission (1999): Frühjahrsvorausschätzung

belle 1 und Abbildung 1).² 1993 erreichte sie mit fast 16 % nochmals einen ähnlichen Wert, um dann rapide zurückzugehen. 1998 betrug sie nur noch 7,8 % mit weiterhin fallender Tendenz.³ Die Zahl der Arbeitslosen halbierte sich nahezu von 220 000 auf 127 000 (Frühjahr 1993 auf Frühjahr 1998).⁴ Zugleich nahm die Beschäftigung in diesem Zeitraum um 312 000 oder um 26 % zu. Da auch die Zahl der Beschäftigten bei der Quotenberechnung im Nenner eingeht, trug auch dieser Effekt zum Rückgang der Arbeitslosenquote bei.

Im Vergleich zu den meisten anderen EU-Ländern liegt die Arbeitslosigkeit der Frauen nicht über der der Männer, sondern ist in etwa gleich hoch. Dies wird u. a. auf eine gewisse Untererfassung zurückgeführt.⁵ Nach Alter aufgeteilt liegt der größte Teil der Arbeitslosen, nämlich etwa die Hälfte, in der Altersgruppe 25–44 Jahre. In Deutschland sind demgegenüber stark die Älteren betroffen. Weiterhin fällt die immer noch überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosigkeit auf. Sie ist zum Teil demografisch bedingt, denn Irland hat eine relativ junge Bevölkerung. Es treten erheblich mehr Personen in den Arbeitsmarkt ein, als ihn aus Altersgründen verlassen. Weiterhin wird als Grund genannt, dass viele Jugendliche nach

² Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Arbeitslosenzahlen um die Angaben von EUROSTAT (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften) handelt und nicht um die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen. Die Zahlen von Eurostat sind für Vergleichszwecke vorzuziehen. Sie beruhen auf einer vergleichbaren Basis, nämlich einer repräsentativen Befragung von Haushalten in den EU-Ländern anhand eines standardisierten Fragebogens.

Im Falle Deutschlands ist eine weitere Anmerkung angebracht: Ab 1991 handelt es sich um die Arbeitslosenquote für Gesamtdeutschland, also einschließlich der neuen Bundesländer, da Eurostat keine nach Ost- und West-Deutschland getrennten Quoten mehr ausweist. Die zeitliche Vergleichbarkeit ist für Deutschland damit nicht mehr gewährleistet. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit 1990 wäre für West-Deutschland allein nicht so steil wie in der Abbildung 1 dargestellt. Trotzdem wäre nach wie vor ein erhebliches Ansteigen der Arbeitslosenquote auch für Deutschland (W) zu konstatieren - im Gegensatz zur Abnahme in einer Reihe anderer EU-Länder.

³ Für 1999 wird mit einer Arbeitslosenquote von ca. 6 % gerechnet. Vgl. Employment Action Plan Ireland 1999, Appendix 4

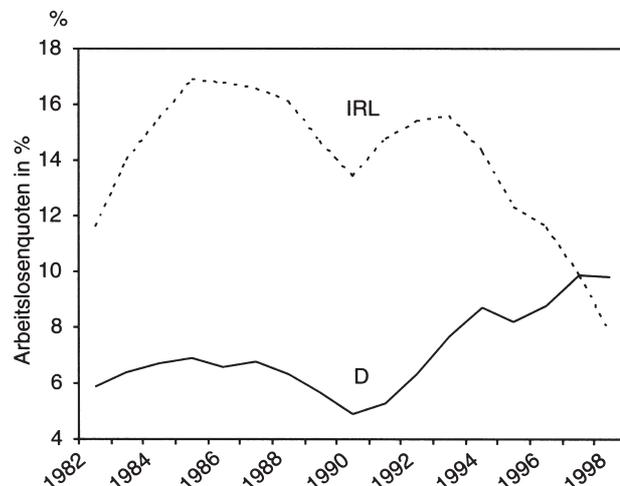
⁴ FAS 1998, S. 5

⁵ Zur Höhe der Untererfassung siehe O'Connell u. a. 1999, S. 23.

⁶ Ebenda, S. 31

⁷ Der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosen wird darauf zurückgeführt, dass die aus traditionellen Industrien oder der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte (vor allem Männer) nur geringe Qualifikationen aufweisen. Außerdem entstanden sog. Arbeitslosigkeitsfallen (unemployment traps): Da die Lohnersatzquoten bei Familien mit Kindern und bei Geringqualifizierten verhältnismäßig hoch sind und ohne zeitliche Begrenzung gewährt werden, bestünde wenig Anreiz eine Beschäftigung aufzunehmen. Siehe hierzu Tansey 1998, S. 239.

Abbildung 1: Arbeitslosenquoten in Irland und in Deutschland* 1982 - 1998



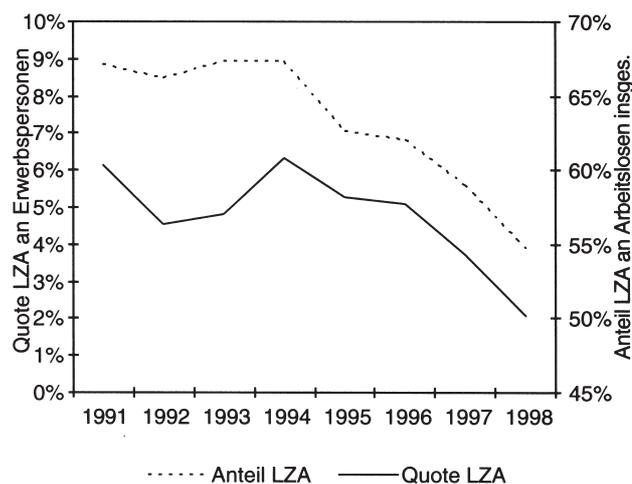
* ab 1991 einschließlich neue Bundesländer

Quelle: Eurostat, Erhebung über Arbeitskräfte, verschiedene Jahrgänge OECD (1999): Quarterly Labour Force Statistics Nr. 2

wie vor das Ausbildungssystem zu früh verlassen (early school leavers) und damit nicht ausreichend qualifiziert sind.⁶ Allerdings ist die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren rapide zurückgegangen.

Die Langzeitarbeitslosigkeit stellte für Irland immer ein Problem dar. Noch 1996 lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen bei 60%. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote der Langzeitarbeitslosen von etwa 6% (gemessen als Anteil der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, an allen Erwerbspersonen). Seither ist zwar die Zahl der Langzeitarbeitslosen schneller gefallen als die Gesamtarbeitslosigkeit, machte 1998 aber immer noch 50 % aller Arbeitslosen aus.⁷ Die Abbildung 2 zeigt diesen zeitlichen Verlauf.

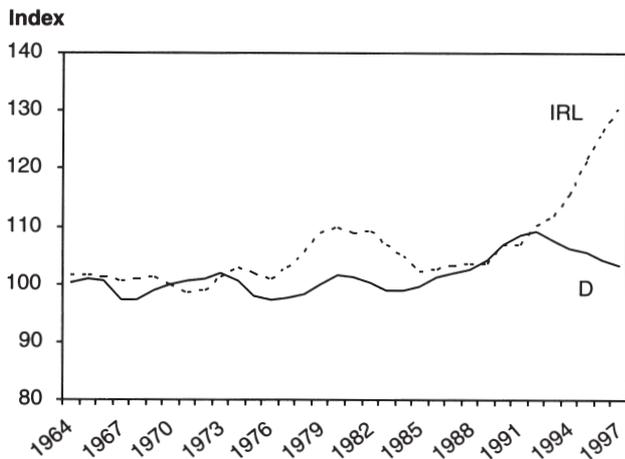
Abbildung 2: Langzeitarbeitslose in Irland 1991–1998



3 Die Entwicklung der Beschäftigung

Der erstaunliche Wirtschaftsumschwung wirkte sich auch auf die Beschäftigung aus. Während diese in den 80er Jahren zurückging, nahm sie in den 90er Jahren enorm zu. Sie stieg allein von 1993 auf 1998 um 312 000 auf 1 495 000. Die Zunahme betraf vor allem den privaten Sektor. Hier schlugen die hohen Wachstumsraten des BIP schließlich auch auf die Beschäftigung durch (Abbildung 3).

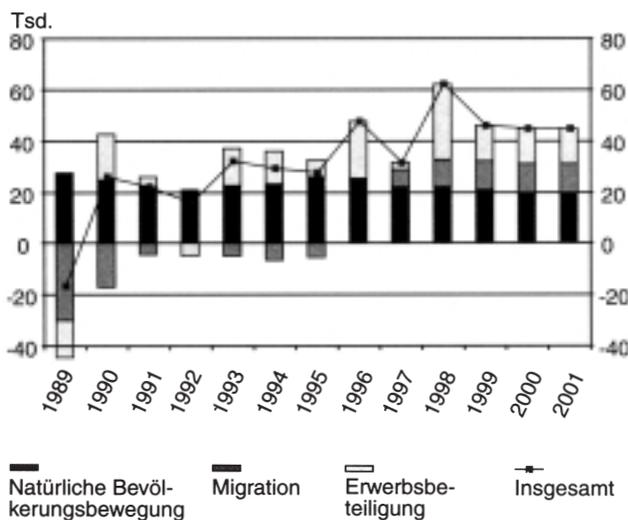
Abbildung 3: Beschäftigungsentwicklung in Irland und in Deutschland (West) 1964-1997, Index 1970 = 100



Quelle: OECD, Labour Force Statistics, verschiedene Jahrgänge; eigene Schätzungen für Deutschland (W)

Das hohe Beschäftigungswachstum saugte zunächst einmal viele Arbeitslosen auf. Aus dem Abbau der Arbeitslosigkeit speiste sich jedoch nur ein Teil des Beschäftigungsanstiegs. Darüber hinaus wurde die Zunahme durch das stark gestiegene Erwerbspersonenpotenzial ermöglicht. Als Land mit einer relativ jungen Bevölkerung verzeichnet Irland eine erhebliche Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, welche sich in jährlichen Steigerungen der Erwerbspersonen von rund 20 000 niederschlägt.⁸ Der Beschäftigungsaufschwung ermöglichte auch eine zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen. Irland hatte im internationalen Vergleich

Abbildung 4: Komponenten des Erwerbspersonenwachstums in 1000



⁸ FAS 1999, S. 6

⁹ Ebenda, Appendix 4

¹⁰ O'Connell u. a. 1999, S. 21

¹¹ FAS 1999, S. 5

¹² Entnommen aus OECD 1999b und Eurostat 1998

¹³ Bei Irland ist bei einer Sozialproduktbetrachtung zu beachten, dass Gewinnrücktransfers der multinationalen Unternehmen inzwischen einen erheblichen Prozentsatz des Sozialprodukts ausmachen. Der Unterschied zwischen Bruttoinlandsprodukt und Bruttosozialprodukt, der zum großen Teil auf diese Zahlungsströme zurückzuführen ist, betrug 1997 etwa 12-13 %. Siehe Sweeny 1998, S. 46

eine relativ niedrige Frauenerwerbsquote. Inzwischen wurde mit fast 50 % der EU-Durchschnitt erreicht.⁹ Mit der größeren Erwerbsbeteiligung der Frauen ging auch eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung einher. Während Teilzeitarbeit 1983 nur etwa 7 % ausmachte, lag sie 1998 bereits bei fast 17 % und entsprach damit etwa dem EU-Durchschnitt.¹⁰ Eine weitere angebotsseitige Komponente des Erwerbstätigenzuwachses liegt in der Rückwanderung. Irland war bis auf wenige Jahre immer ein Netto-Auswanderungsland. Erst mit der starken Arbeitskräftenachfrage setzte ab Mitte der 90er Jahre eine Rückkehrbewegung ein. Es wird erwartet, dass sich der Trend der letzten Jahre fortsetzt und jährlich ca. 10 000 irische Arbeitnehmer per Saldo zurückkommen könnten.¹¹ Die Abbildung 4 zeigt die angebotsseitigen Komponenten des Erwerbspersonenwachstums.

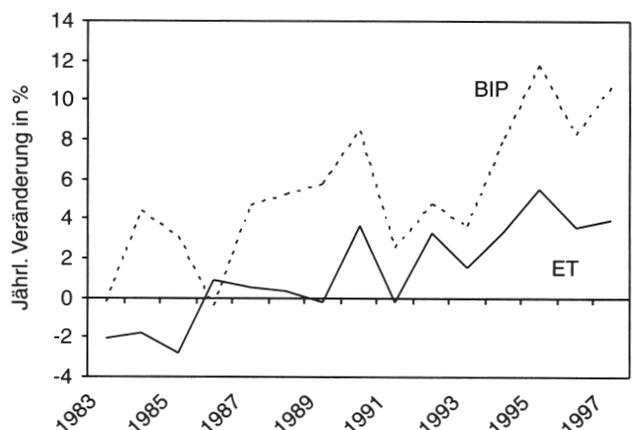
Um das Bild zu vervollständigen, soll noch auf wichtige Beschäftigungsstrukturen eingegangen werden.¹² Während 1977 noch jeder Fünfte in der Landwirtschaft tätig war, ist es inzwischen (1997) nur noch jeder Zehnte. Dies ist immer noch erheblich über dem EU-Durchschnitt von 5,0 % (D: 3,2 %). Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie liegt mit 28,4 % etwa gleich auf mit der EU (EU: 29,8; D: 36,5 %). Der Dienstleistungssektor nimmt 62 % aller Beschäftigten auf, etwas weniger als im Durchschnitt der EU (65 %). Die Selbständigenquote beträgt fast 20 %, was aber auch auf die immer noch große Bedeutung der Landwirtschaft zurückzuführen ist, denn über 40 % aller Selbständigen finden sich in der Landwirtschaft.

4 Die Beziehungen zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Stellt man für Irland die Entwicklung der Beschäftigung dem Wirtschaftswachstum gegenüber, dann kann man den Wendepunkt am Arbeitsmarkt Anfang der 90er Jahre deutlich ersehen (Abbildung 5a; für Vergleichszwecke ist in Abbildung 5b der gleiche Sachverhalt für Deutschland dargestellt). Trotz durchaus passabler Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts¹³ in den 80er Jahren stagnierte bis 1990 die Beschäftigung. Das Wort vom jobless growth machte die Runde. Im modernen Sektor der Industrie hatten vor allem ausländische Unternehmen mit neuer Produktionstechnik investiert. Die Folge war eine hohe Produktivität. Diese Zweige erzielten somit eine hohe Wertschöpfung. Es ergaben sich anfangs aber zunächst keine nennenswerten Beschäftigungseffekte. Erst

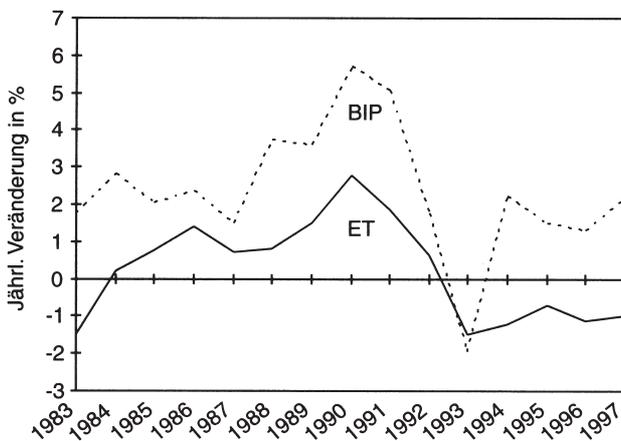
Abbildung 5a: Bruttoinlandsprodukt (real) und zivile Erwerbstätige in Irland

Jährliche Veränderungsrate 1983-1997 in Prozent



Quelle: OECD (1999) Labour Force Statistics 1977-1997; OECD (1999): National Accounts, Main Aggregates 1960-1997

Abbildung 5b: Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1990) und zivile Erwerbstätige in Deutschland (W)
 Jährliche Veränderungsrate 1983-1997 in Prozent

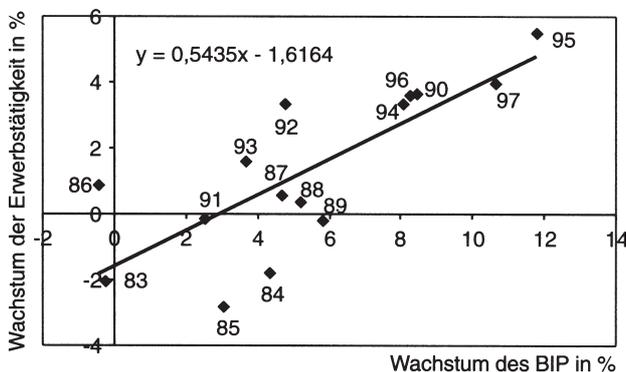


Quelle: Eurostat (1996): Beschäftigung und Arbeitslosigkeit 1980-1994;
 OECD (1996): National Accounts, Vol. 1, 1960-1994; 1995-1997 IAB

als sich der Aufschwung verstetigte und weiter an Fahrt gewann, zog auch die Beschäftigung an. In den letzten Jahren lagen die jährlichen Beschäftigungssteigerungen bei 3-4 % und waren damit die höchsten in der EU.

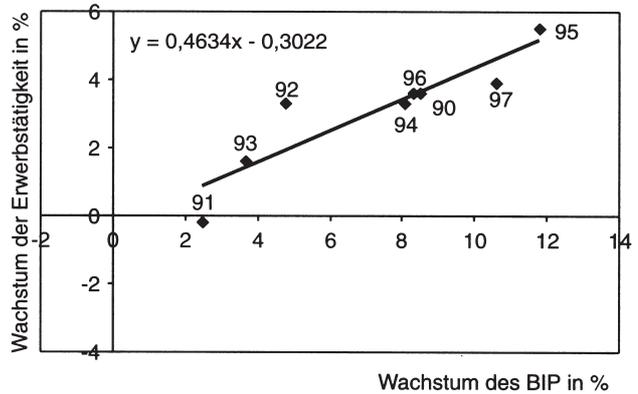
Die beiden unterschiedlichen Zeitabschnitte vor und nach 1990 lassen sich auch anhand der zwei folgenden Abbildungen verdeutlichen (Abbildungen 6a und 6b). Sie zeigen, nur in anderer Darstellung, wieder den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Der Schnittpunkt der Regressionsgeraden mit der Abszisse (BIP-Wachstum) stellt die sogenannte Beschäftigungsschwelle dar, d. h. das Wirtschaftswachstum, von dem ab die Beschäftigung steigt. Diese Schwelle lag im Zeitraum 1983-1997 (Abbildung 6a) bei fast 3 % BIP-Wachstum. Betrachtet man nur die Periode ab 1990, dann sieht man einmal, dass der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung relativ stabil geblieben ist. Die Regressionsgerade liegt nahe bei den Jahrespunkten, gebildet aus BIP-Wachstum/Beschäftigungswachstum. Zum anderen wird ersichtlich, dass die Beschäftigung inzwischen stärker auf das Wirtschaftswachstum reagiert und die Beschäftigungsschwelle auch niedriger liegt. Vor 1990 lag die Schwelle erheblich höher und die Steigung verlief flacher.

Abbildung 6a: Wachstumsraten 1983-1997 des BIP (real) und der zivilen Erwerbstätigen in Irland



Quelle: OECD (1999) Labour Force Statistics 1977-1997;
 OECD (1999): National Accounts, Main Aggregates 1960-1997

Abbildung 6b: Wachstumsraten 1990-1997 des BIP (real) und der zivilen Erwerbstätigen in Irland



Quelle: OECD (1999) Labour Force Statistics 1977-1997;
 OECD (1999): National Accounts, Main Aggregates 1960-1997

Informativ ist auch eine Komponentenzersetzung des Wirtschaftswachstums. Die gesamtwirtschaftlichen Bestimmungsfaktoren auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes lassen sich aus einer Identitätsgleichung ablesen, in der das Sozialprodukt (Wirtschaftswachstum) in die Komponenten Stundenproduktivität, Jahresarbeitszeit und Erwerbstätige aufgespalten wird:

$Y = ET \times JAZ \times AP$

Die Identität

$Y = ET \times JAZ \times AP$

setzt sich folgendermaßen zusammen:

$Y = ET \times AV/ET \times Y/AV$

wobei: $Y = \text{BIP}$

$ET = \text{Erwerbstätige}$

$AV = \text{jährliches Gesamtarbeitsvolumen in Stunden}$

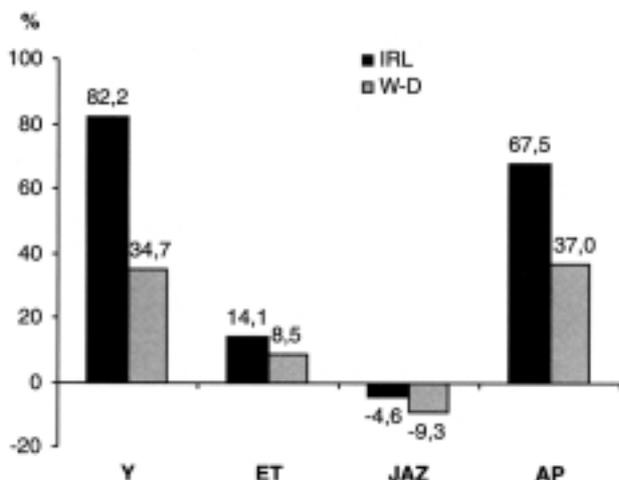
$AV/ET = \text{durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen in Stunden} = JAZ$

$Y/AV = \text{Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde} = AP$

Näherungsweise lässt sich dies für den Zeitraum 1983-1995 in Wachstumsraten ausdrücken. Die Abbildung 7 zeigt diesen Sachverhalt.

Vergleicht man für die Periode 1983-1995 die Bundesrepublik Deutschland und Irland, dann werden wichtige Unterschiede offenbar: Das Wirtschaftswachstum war - wie bereits dargestellt - in Irland erheblich höher. Dieses speiste sich aus einer Steigerung der Beschäftigung, die prozentual größer war als in Deutschland. Weiterhin fällt auf, dass die durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen in Deutschland um über 9 % zurückging, aber in Irland sank diese nur halb so stark. Diese leichte Abnahme dürfte in Irland v. a. mit der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zusammenhängen, weniger mit einer Reduktion der Vollarbeitszeit. Allerdings fand im Betrachtungszeitraum auch eine Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit um eine Stunde auf 39 Stunden statt. Die Darstellung zeigt weiter, dass die hohe Produktivitätssteigerung in starkem Maße zum irischen Wirtschaftswachstum

Abbildung 7: Komponenten des Beschäftigungswachstums auf der Nachfrageseite (Wirtschaftswachstum) Veränderungen 1983-1995, in Prozent



Quelle: OECD (1999) Labour Force Statistics 1977-1997; OECD (1999): National Accounts, Vol.I, 1960-1997; Eurostat

tum beigetragen hat. Dies kann als Hinweis für die gravierenden Änderungen der industriellen Struktur und auf die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft angesehen werden. Weiterhin wird dadurch der Aufholprozess der irischen Wirtschaft deutlich.

5 Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktverfassung

Lässt sich der Abbau der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsaufschwung mit der Arbeitsmarktpolitik oder durch institutionelle und rechtliche Regelungen erklären? Dieser Frage soll in diesem Abschnitt nachgegangen werden.

Im internationalen Vergleich gibt Irland einen relativ hohen Anteil seines Sozialprodukts für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aus, nämlich 1996 rund 4%.¹⁴ Davon geht allerdings über die Hälfte in sog. passive Leistungen, nämlich Arbeitslosenunterstützung. Die Lohnersatzquote im Falle von Arbeitslosigkeit liegt im europäischen Vergleich im Mittelfeld.¹⁵ Insgesamt betrachtet ist sie niedriger als in Deutschland. Die

¹⁴ OECD (1999): Employment Outlook, S. 248. Zum Vergleich Deutschland 1996: 3,6 %

¹⁵ Diese Aussage gilt sehr verallgemeinernd. Der internationale Vergleich wird erschwert, da die Arbeitslosenunterstützung je nach Familiengröße unterschiedliche Raten aufweist und für Geringverdiener höhere Lohnersatzquoten festgelegt sind. Außerdem ist die Betrachtung vor und nach der Besteuerung wichtig. Siehe hierzu: Martin 1996; OECD 1997, S. 81.

¹⁶ Die arbeitsmarktpolitischen Programme sind beschrieben in: European Commission 1996, S. 141 ff.

¹⁷ OECD 1997, S. 101

¹⁸ OECD 1994; Walwei 1996

¹⁹ Mitnahmeeffekt: Ein Arbeitsloser hätte eine Beschäftigung auch ohne die Subventionierung aufgenommen, bzw. ein Unternehmer hätte sowieso eine Einstellung vorgenommen und zieht jetzt, weil er einen Zuschuss bekommt, den geförderten Arbeitslosen vor. Verdrängungseffekt: Anstatt eines anderen Arbeitnehmers wird der geförderte Beschäftigte eingestellt. Per Saldo wird dadurch also das Beschäftigungsniveau nicht erhöht.

²⁰ Paul Tansey 1998, S. 89 f.; OECD 1999a, S. 129

²¹ Seit September 1998 begann die Arbeitsverwaltung damit, jugendliche Arbeitslose, die länger als 6 Monate arbeitslos waren, zu einem Interview vorzuladen. Es sollte festgestellt werden, ob sie für eine freie Stelle zur Verfügung stünden oder an einer Trainingsmaßnahme teilnehmen könnten. Fast die Hälfte der Aufgeforderten erschien nicht oder lehnte die angebotene Trainingsmaßnahme ab. Siehe OECD 1999a, S. 127

²² Ebenda, S. 66. Zum Vergleich Deutschland: Position 20. Der von der OECD gebildete Indikator des Arbeits- und Beschäftigungsschutzes setzt sich zusammen aus Kündigungsschutz, Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung und Vorschriften bei Entlassungen größeren Umfangs. Weitere Hinweise zu Arbeitsrecht in Irland finden sich in: European Commission 1997, S. 111 ff.

Lohnersatzquote fiel, weil die Arbeitslosenunterstützung in Irland an die Preisentwicklung indexiert wurde, die langsamer ansteigt als die Löhne.

Die aktiven Maßnahmen konzentrieren sich zur guten Hälfte auf die Subventionierung von Beschäftigung. Beim Rest liegt der Schwerpunkt auf Trainingsprogrammen. An der inhaltlichen Ausgestaltung wurde in den letzten Jahren wenig geändert. Sie waren aber flexibel genug, bei hohen Arbeitslosenzahlen auch mehr Personen in subventionierte befristete Beschäftigung zu bringen.¹⁶

Die zahlenmäßig stärksten Programme richteten sich seit jeher auf Langzeitarbeitslose. Die zwei wichtigsten sind Community Employment und Back to work Allowance. Community Employment wird von lokalen Trägern in Anspruch genommen. Es werden befristete Arbeiten im gemeinschaftlichen Interesse durchgeführt. Es handelt sich um gemeinnützige Arbeiten, ähnlich den deutschen ABM. Im Jahresdurchschnitt sind es z. Zt. etwa 40 000 Teilnehmer. Mit Hilfe der Back to Work Allowance können Arbeitslose, wenn sie eine Beschäftigung aufnehmen, einen Teil der Arbeitslosenunterstützung weiter beziehen. Diese nimmt im Laufe der Zeit ab und fällt nach dem dritten Jahr schließlich ganz weg. Als weiterer Anreiz können die sog. secondary benefits wie die Krankenversicherung (medical card), Nahrungsmittelgutscheine (food vouchers) oder Mietzuschüsse (rent allowance) beibehalten werden. Zur Zeit profitieren etwa 30 000 von der Back to Work Allowance. Etwa die Hälfte der vorher Arbeitslosen nutzte dieses Programm auch zu einer Betriebsgründung.¹⁷

Ähnlich wie in internationalen Vergleichen der OECD¹⁸ kann auch für Irland argumentiert werden, dass generelle Arbeitsbeschaffungsprogramme und Beschäftigungssubventionen nur eine Überbrückungsfunktion auf dem Arbeitsmarkt übernehmen können, bis die Konjunktur wieder anzieht. Sie können in der Regel zwar zeitweise, nicht aber dauerhaft zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und haben erhebliche Mitnahme- und Verdrängungseffekte.¹⁹ Deshalb wird für Irland vorgeschlagen, sich stärker auf bestimmte Zielgruppen zu konzentrieren und das Trainingselement stärker zu betonen.²⁰ Weiterhin sollte, wie auch von der EU-Kommission und der OECD vorgeschlagen, mehr Wert auf Hilfen zur Arbeitsuche gelegt werden.²¹

Die gute Konjunktur lässt die Arbeitslosigkeit laufend zurückgehen, so dass das Gewicht der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen abnehmen wird. Wegen der Nachhaltigkeit des Aufschwungs stieg auch die Nachfrage nach weniger Qualifizierten. Begünstigt wird dies dadurch, dass Geringverdiener (unter 100 Pfund pro Woche) keine Lohnsteuern mehr zahlen brauchen und bei darüber hinaus ansteigendem Lohn die Steuer anfangs nur gering ist. Dies soll Arbeitslose bewegen, auch eine niedrig entlohnte Arbeit anzunehmen.

Als Fazit zur Arbeitsmarktpolitik in Irland lässt sich festhalten, dass zwar ein verhältnismäßig hoher Anteil des Sozialprodukts für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgegeben wird, letztere aber keine Begründung für das irische „Beschäftigungswunder“ bieten.

Hinsichtlich der arbeitsrechtlichen Flexibilität nimmt Irland einen der vorderen Plätze ein. Nach einer Zusammenstellung der OECD zur Regelungsintensität des Arbeitsrechts liegt Irland als wenig reguliertes Land auf der fünften Position - von weit über 20 Ländern.²² Allerdings ist der Zusammenhang zwischen arbeitsrechtlichen Regelungen und dem Erfolg am Arbeitsmarkt – ausgedrückt in Arbeitslosenquote und Beschäftigungsniveau – keineswegs selbstverständlich. Zu die-

sem Ergebnis kommt zumindest die OECD in ihrem neuesten Employment Outlook (Beschäftigungsperspektiven). In Irland haben sich in arbeitsrechtlicher Hinsicht seit Ende der 80er Jahre keine gravierenden Änderungen ergeben, die den Rückgang der Arbeitslosigkeit und den enormen Beschäftigungsanstieg erklären könnten. Irland stand auch in den schlechten 80er Jahren bereits an vierter Position in der Flexibilitätsskala. Damals war die Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich recht hoch. Man kann allerdings davon ausgehen, dass in einem wenig regulierten Arbeitsmarkt der Beschäftigungsaufbau bei Änderung der Rahmenbedingungen schneller, weil unbehinderter, erfolgen kann. Dies spielte sicherlich bei dem jüngsten Beschäftigungsanstieg eine gewisse Rolle.

Abschließend lässt sich sagen, dass die geringe Regulationsintensität des Arbeitsrechts zusammen mit den Beschäftigungspakten (siehe weiter unten) ein gutes Umfeld für ausländische Direktinvestitionen geschaffen haben. Daraus ergaben sich niedrige „hiring and firing costs“, mäßige Lohnsteigerungen und wenige Arbeitskonflikte.

6 Ursachen des Umschwungs in Irland

Es gibt keine monokausale Erklärung für den Umschwung. Alle Fachleute stimmen überein, dass es eine Kombination von Faktoren war, die die Trendwende herbeigeführt hat. Die wesentlichen sind:²³

Stabiles makroökonomisches Umfeld; Abbau der Staatsverschuldung

Einer der wichtigsten Gründe für den Umschwung wird in der Änderung der Rahmenbedingungen gesehen, die für ein stabiles makroökonomisches Umfeld gesorgt haben. Die Inflation blieb niedrig, der öffentliche Schuldenstand sank dramatisch und die Zahlungsbilanz weist einen Überschuss auf.²⁴

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre geriet der öffentliche Schuldenstand außer Kontrolle. Er betrug 1986 110 % des Sozialprodukts. Es wurde klar, dass Steuererhöhungen ein untaugliches Mittel waren, den Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Um den Schuldenstand einzudämmen, verfügte die Regierung Ende der 80er Jahre rigorose Einsparungen. Zugleich wurden die Einkommensteuern gesenkt.²⁵ Dies war die Voraussetzung, damit die Lohnzurückhaltung in den irischen Beschäftigungspakten (siehe weiter unten) akzeptiert wurde.²⁶

Die Steuerkürzungen mussten zunächst mit einer Reduzierung der Staatsausgaben erkaufte werden, die jedoch nicht aus-

reichte, um den Haushalt ausgeglichen zu halten. Allerdings setzte dann ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung ein – sicherlich auch begünstigt durch die vorteilhafte Situation der Weltwirtschaft mit niedrigen Zinsen und hohem Wirtschaftswachstum. Der Wirtschaftsaufschwung brachte trotz der Steuerkürzungen soviel mehr Einnahmen, dass schließlich zum ersten Mal seit 1940 der Staatshaushalt 1998 mit einem Überschuss abgeschlossen werden konnte.²⁷ Zugleich ging die Staatsverschuldung, ausgedrückt als Prozent des Sozialprodukts, rapide zurück. Die Verschuldung lag Anfang der 90er Jahre noch weit über 100%. 1998 wurde das „Maastricht-Kriterium“ (=60 %) mit 57 % erstmals unterschritten. Für 2000 wird nur noch mit einem Anteil der Staatsschulden von 43 % gerechnet.²⁸

Beschäftigungspakte

Die ökonomische Misere Mitte der 80er Jahre führte schließlich zu einem Umdenken bei den wirtschaftlichen Akteuren. Nicht die Durchsetzung partikularer Vorteile bot die Lösung, sondern Konsens. Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften legten in mehrjährigen Abkommen (national partnership agreements) gemeinsame ökonomische Ziele fest, insbesondere eine Lohnzurückhaltung. Dadurch wurde die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Wegen der besonderen Bedeutung werden die Beschäftigungspakte später noch detaillierter erläutert.

Den Beschäftigungspakten als Ausdruck korporatistischen Verhaltens wird allgemein ein großer Verdienst für den irischen Wirtschaftsumschwung zugesprochen. Dies gilt insbesondere für die vereinbarte Lohnzurückhaltung. Es gibt aber auch Stimmen, die sagen, dass die hohe Ausgangsarbeitslosigkeit, verbunden mit einem elastischen Arbeitsangebot, für moderate Lohnsteigerungen gesorgt habe.²⁹ Das große Problem wird in Zukunft sein, ob neue Beschäftigungspakte wie in der Vergangenheit nochmals zustande kommen, und wie über zentrale Vereinbarungen Lohnsteigerungen, die Inflationsgefahren hervorrufen, vermieden werden können – bei niedriger Arbeitslosigkeit, hohem Wirtschaftswachstum und zunehmenden Engpässen bei qualifizierten Arbeitskräften.

Ausländische Direktinvestitionen

Ausländische Direktinvestitionen spielten eine wichtige Rolle. Seit langem versuchte die irische Regierung durch Subventionen und Steuernachlässe ausländische Investoren anzuziehen.³⁰ Eine besondere Rolle spielten die niedrige Besteuerung der Gewinne für exportorientierte Branchen und die Möglichkeit, die Gewinne leicht rücktransferieren zu können. Diese Politik führte zu einer Umstrukturierung der irischen Industrie, weg von binnenwirtschaftlich orientierten Betrieben und hin zu exportorientierten wettbewerbsfähigen Industrien. Inzwischen sind etwa 45 % der Beschäftigten des Verarbeitendes Gewerbes in Betrieben mit ausländischen Eigentümern.³¹ Die ausländischen Kapitalgeber, vor allem Amerikaner, investierten besonders in moderne high-tech Sparten wie Maschinen- und Gerätebau, Computerindustrie, chemische Industrie, Pharmazie. Inzwischen wird auch zunehmend in Finanz- und unternehmensbezogene Dienstleistungen investiert.

Die hohe Abhängigkeit von ausländischem Kapital ist nicht ohne Probleme. Ausländische Firmen in Irland produzieren nicht primär für den irischen Markt, sondern nutzen Irland als Produktionsstätte für den Export nach Europa. Die Konzentration auf bestimmte Sparten und die Gefahr des Abzugs von Kapital können die irische Wirtschaft anfällig für äußere Einflüsse machen. Deshalb bemühte man sich, auch die heimi-

²³ O'Connell 1999, S. 68; Fitz Gerald 1999a, S. 35 ff.; Sweeney 1998, S. 201 ff.; Barry 1999, S. 1 ff.; Tansey 1998, S. 249 ff.

²⁴ Eine ausführliche Beschreibung der irischen Fiskal- und Geldpolitik findet sich bei Leddin/ Walsh 1998.

²⁵ Siehe hierzu Honohan 1999, S. 75ff.

²⁶ Bis 1996 ging ein Drittel der Nettolohnzunahme auf verringerte Einkommenssteuern zurück. Siehe Sweeney 1998, S. 3.

²⁷ OECD 1999a, S. 85

²⁸ Ebenda, S. 87

²⁹ Walsh 1999, S. 223

³⁰ Diese Politik führte zu massiver Kritik von anderen EU-Ländern. Aufgrund dieses Druckes wird die Körperschaftssteuer von 10 % auf 12,5 % erhöht werden. Dies ist im internationalen Vergleich immer noch niedrig. Die niedrigen Sätze gelten nicht nur mehr für bestimmte Wirtschaftszweige, sondern generell für die gesamte Industrie. Reine Vergleiche der Steuersätze können täuschen, da sich auch die Steuerfreibeträge unterscheiden. Diese sind in Irland niedriger als in vielen Ländern. Zu einem internationalen Vergleich der Steuerbelastung von Unternehmen siehe ZEW 1999, S. 1 ff; Chennells/ Griffith 1997.

³¹ O'Connell 1999, S. 67

sche Wirtschaft zu stärken wie die Nahrungsmittelindustrie oder den Tourismus. Inzwischen profitiert auch die heimische Industrie vom allgemeinen Wirtschaftsaufschwung.³²

Dass die Gefahr der Umkehr der Kapitalflüsse nicht ohne Grundlage ist, zeigt die folgende Aufstellung der Zu- und Abflüsse der Kapitalströme, aufgegliedert nach EU- und Nicht-EU Ländern (Tabelle 2). Sie zeigt, dass in letztere inzwischen mehr Kapital zurückfließt, als von dort in Irland investiert wird. Zum Teil dürfte es sich um die Rückführung von Gewinnen handeln. International agierende Unternehmen lassen ihre Gewinne dort entstehen, wo die Steuersätze am niedrigsten sind. Dies wird dadurch erleichtert, dass ein Großteil des internationalen Handels innerhalb von Konzernen stattfindet. Vorprodukte und Endprodukt einer Herstellungskette werden preislich so „gestaltet“, dass der größte Gewinn im Land mit den niedrigsten Gewinnsteuern anfällt. In Irland sind diese Steuern mit 10 % relativ niedrig. Genaue Angaben über das Ausmaß dieser Steuervermeidungsstrategien der internationalen Konzerne können zwar nicht gemacht werden, Hinweise ergeben sich aber aus der Entwicklung der Produktivitätszuwächse nach Sektoren in Irland. So erzielen ausländische Unternehmen im Vergleich zu irischen Betrieben der gleichen Branche oder vergleichbaren europäischen Unternehmen eine um ein vielfaches höhere Produktivität.³³ Eine Erklärung hierfür ist die Zurechnung von Gewinnen auf irische Tochterunternehmen. Importe werden billig und Exporte werden teuer abgerechnet, so dass konzernintern die Gewinne in Irland anfallen. Der irischen Regierung nützt dieses Verhalten, weil der irische Fiskus mehr Steuern auf Gewinne einziehen kann. Inwieweit durch das Gewinnverschieben die irischen Daten aufgebläht werden, bleibt unklar. An der prinzipiell guten wirtschaftlichen Entwicklung ändert sich dadurch aber nicht viel.³⁴

Qualifikation der Arbeitskräfte

Begünstigt wurde der Wirtschaftsaufschwung durch die gute Qualifikation der irischen Arbeitskräfte. In der Vergangenheit wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, das irische Bildungswesen zu verbessern. Inzwischen haben 40-50 % aller Berufsanfänger einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, 80 % aller Bildungsabgänger verlassen das Ausbildungssystem mit einem Abschluss der Sekundarstufe II.³⁵ Die Verfügbarkeit und die im Vergleich zu anderen Ländern geringeren Arbeitskosten für gut qualifizierte Arbeitskräfte trugen wesentlich zu den ausländischen Direktinvestitionen im Hochtechnologiebereich in Irland bei. Als wichtige Stütze des Aufschwungs erweisen sich die im Ausland tätigen irischen Arbeitskräfte, die jetzt in großer Zahl zurückkommen. Sie haben ein überdurchschnittliches Bildungsniveau und besitzen internationale Erfahrung.³⁶

³² Siehe hierzu: Barry/ Bradley/ O'Malley 1999, S. 45 ff.

³³ Siehe hierzu Aust 1999, S. 243 f.

³⁴ Es wird geschätzt, dass durch das „transfer pricing“ das Bruttoinlandsprodukt um bis zu 5 % erhöht sein könnte. Aust 1999, S. 244

³⁵ O'Connell 1999, S. 66; Sweeny 1998, S. 104

³⁶ Ca. 10 – 15 % der irischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter lebte mindestens ein Jahr im Ausland. Bei den Hochschulabsolventen liegt dieser Prozentsatz bei 30 %. OECD 1997, S. 72.

³⁷ Die jährlichen Zuflüsse blieben in den 90er Jahren gleich, aber wegen des starken BSP-Wachstums nahm deren relativer Anteil ab. Die europäischen Transfers speisen sich aus den Strukturfonds, dem Kohäsionsfonds und den Zuflüssen aus dem Agrarhaushalt. Die Strukturfondsmittel machten in den neunziger Jahren etwa die Hälfte aller Zuflüsse aus. Zur Rolle der europäischen Transfers siehe O'Connell 1999, S. 67; Aust 1999, S. 57 ff.; Barry/ Bradley/ Hannan 1999, S. 99 ff.; Tansey 1998, S. 130 ff.

³⁸ In Simulationsrechnungen wurde so getan als ob keine Transfers erfolgt wären. Siehe Barry/Bradley/ Hannan 1999, S. 114

³⁹ Barry/ Bradley/ Hannan 1999, S. 115

**Tabelle 2: Ausländische Direktinvestitionen
Zu- und Abflüsse für Irland - in Mill. ECU**

		1987-91	1992-96
Zuflüsse	EU	7850	8559
	Nicht-EU	3217	1691
	Insgesamt	11067	10250
Abflüsse	EU	1792	4697
	Nicht-EU	2538	6893
	Insgesamt	4330	11590
Nettoströme	EU	6058	3862
	Nicht-EU	679	-5202
	Insgesamt	6737	-1340

Quelle: Europäische Kommission: Sechster Periodischer Bericht über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Europäischen Union, S. 220-222

Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials

Aufgrund der höheren Geburtenraten der Vergangenheit steigt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stärker als in den anderen EU-Staaten. Einher damit geht eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen, die inzwischen den EU-Durchschnitt erreicht hat. Beide Einflüsse und die Rückwanderung von irischen Arbeitskräften bewirken, dass der wirtschaftliche Aufschwung bisher nicht durch Arbeitskräfteknappheit gebremst wurde. Die Abbildung 4 zeigte die Komponenten der Beschäftigungszunahme.

Europäische Transfers und Binnenmarkt

Irland profitierte als weniger entwickeltes Land im Verlaufe der europäischen Integration erheblich von den EU-Transfers. Die europäischen Netto-Transfers nach Irland stiegen von 5 % des BSP im Jahre 1986 auf 7 % 1991. 1995 betrug der Anteil wieder 5%.³⁷ Untersuchungen zufolge haben die Zuflüsse der letzten zehn Jahre bis 1997 insgesamt nur ein um ca. 4 % höheres Sozialprodukt als ohne die europäischen Transfers bewirkt.³⁸ Damit leisteten die Transfers zwar einen nicht unerheblichen wirtschaftlichen Beitrag, der allerdings nur zu einem geringen Teil das kräftige Wirtschaftswachstum Irlands erklärt. Die Strukturfonds trugen vor allem aber indirekt zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der irischen Wirtschaft bei: durch Infrastrukturverbesserungen (Straßenbau, Transportwesen) und durch die Verbesserung des Humankapitals (Trainings- und Bildungsmaßnahmen). Dies wirkte als zusätzlicher Anreiz für ausländische Investoren – vor allem aus USA – in Irland als Teil des sich herausbildenden großen europäischen Binnenmarktes zu investieren.³⁹ Die europäischen Transfers kamen auch gerade zur richtigen Zeit, nämlich als die Regierung begann, ihr Sparprogramm durchzuführen. Die Transfers milderten die Effekte der Sparhaushalte auf die irische Volkswirtschaft.

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung wird Irland teilweise seinen Status als Ziel 1-Region (Regionen mit Einkommen pro Kopf unter 75 % des EU-Durchschnitts) in der mittelfristigen Finanzplanung der EU-Strukturfonds (Agenda 2000) verlieren. Nur der Norden und Westen des Landes bleiben vom Jahr 2000 an eine Ziel 1-Region. Der Rest des Landes wird dann eine „Ziel 1 im Übergang“ Region. Damit werden in Zukunft die EU-Transfers erheblich geringer ausfallen.

7 Die irischen Beschäftigungspakte

Da den Beschäftigungspakten eine wesentliche Rolle bei dem wirtschaftlichen Umschwung zugeschrieben wird, sollen diese im Folgenden näher erläutert werden.

Mitte der achtziger Jahre wurde klar, dass ohne grundlegende Reformen keine Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktmisere erzielt werden kann. Die Rezession von 1980 bis 1987 brachte einen Rückgang des Lebensstandards und einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigung ging um fast 6 % zurück. Die Staatsverschuldung erreichte Höchststände: fast 120 % des BSP im Jahre 1986. Im Mittelpunkt der Diskussion zur Verbesserung der Situation stand die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die für ein kleines offenes Land besonders wichtig erschien. Voraussetzung hierfür waren stabile makroökonomische Rahmenbedingungen wie stabile Wechselkurse, niedrige Inflation und Lohnzurückhaltung in Verbindung mit Steuersenkungen.

Vor diesem Hintergrund entstand die irische Variante eines Bündnisses für Arbeit (social partnership agreements).⁴⁰ Um umfassende Reformen anzugehen, setzten sich die wirtschaftlichen Akteure an einen Tisch und vereinbarten mehrjährige Sozialpakete, deren Kernpunkt Lohnzurückhaltung in Verbindung mit Steuerkürzungen war. Nur über die Steuererleichterungen war für die Gewerkschaften die Lohnzurückhaltung akzeptabel. Institutionell wurde ein Bündnis für Arbeit erleichtert, als mit dem National Economic and Social Council (NESC) bereits seit 1973 eine Einrichtung bestand, in der sich Arbeitgeber, Gewerkschaftsvertreter, Landwirtschaftsvertreter und Regierungsmitglieder regelmäßig trafen,⁴¹ um die Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu beraten. Der erste Sozialpakt betraf die Jahre 1987-1990 und beinhaltete als Kernpunkt eine Vereinbarung zur Lohnzurückhaltung im privaten und öffentlichen Sektor. Weiterhin wurden Absprachen über Steuerkürzungen, Gesundheitsausgaben, Sozialleistungen usw. getroffen. Auch die folgenden zwei Pakete, deren letzter den Zeitraum von 1994 bis 2000 umfasst, enthielten Vereinbarungen zu ähnlichen Bereichen.

Als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit gelten die Lohnstückkosten. Die Entwicklung der Lohnstückkosten seit 1981 zeigt die Abbildung 8. Anfang der 80er Jahre lag Irland noch an der Spitze. Inzwischen hat es den stärksten Rückgang (neben Finnland) der Lohnstückkosten innerhalb der EU-Länder zu verzeichnen. Dazu beigetragen hat auch die enorm gestiegene Produktivität.

In den ersten Jahren der Beschäftigungspakte stellte sich noch keine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation ein, trotz passablem Wirtschaftswachstum. Eine genaue Analyse nach Wirtschaftssektoren zeigte, dass der Eindruck vom „jobless growth“ aufgrund des Entstehens moderner exportorientierter hochproduktiver Industrien hervorgerufen wurde. Diese Industrien entstanden oft im Gefolge von Direktinvestitionen, vor allem aus den USA. Inzwischen hat sich ein Wirtschaftswachstum eingestellt, welches sowohl auf Exporten des high-tech Sektors und des traditionellen Sektors als auch der Inlandsnachfrage beruht.

⁴⁰ Siehe hierzu ausführlich O'Connell 1999, S. 47 ff.

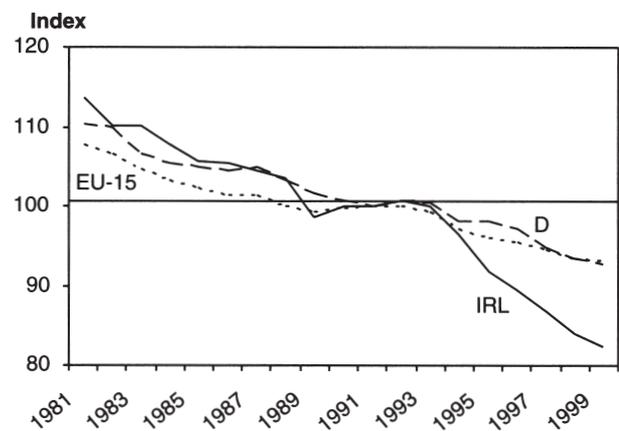
⁴¹ Inzwischen wurde der Teilnehmerkreis um Vertreter der Arbeitslosenorganisationen und der gemeinnützigen Organisationen erweitert.

⁴² Fitz Gerald 1999a, S. 37 schreibt hierzu: „It is this cultural change which is probably the most important factor underlying the current Irish economic renaissance. A second feature of the Irish experience is the importance of following a consistent strategy over a long period of time.“

⁴³ Callan/ Nolan 1999, S. 170

⁴⁴ Callan/ Nolan 1999, S. 188

Abbildung 8: Reale Lohnstückkosten in Irland, Deutschland¹⁾ und der EU-15²⁾
(Index 1991 = 100)



1) 1960-1991 Westdeutschland

2) EU-15 ohne L; ausfuhrgewichteter

Quelle: Europäische Kommission (1998): Europäische Wirtschaft Nr. 66, Grundzüge der Wirtschaftspolitik 1998

Der sich schließlich einstellende Erfolg nach den ersten Beschäftigungspakten führte zu einem Stimmungsumschwung, der auch wirtschaftlich beflügelnd wirkte: Globalisierung, der europäische Binnenmarkt, generell die Öffnung nach außen werden heute positiv gesehen und offen und gemeinsam angegangen.⁴² Weiterhin war wichtig, dass die einmal eingeschlagene Strategie auch über längere Zeit beibehalten wurde.

8 Einkommensverteilung

Ging der wirtschaftliche Aufschwung in Irland einher mit einer größeren Ungleichheit der Verdienste wie in den USA oder Großbritannien? Geht man von Bruttoverdiensten aus, dann hat Irland im internationalen Vergleich eine sehr ungleiche Verteilung, die sich von Ende der 80er Jahre bis Mitte der 90er Jahre noch vergrößert hat.⁴³ Allerdings ist dieser größere Abstand zwischen der unteren und der obersten Verdienstgruppe auf die Zunahme der Löhne in den obersten Kategorien und nicht auf ein Absinken der unteren Lohngruppen zurückzuführen wie in den USA oder Großbritannien.

Das Bild ändert sich, wenn vom verfügbaren Einkommen der Haushalte ausgegangen wird, d.h. Marktlohn plus Sozialtransfers minus Einkommenssteuern und Sozialabgaben. Bei dieser Betrachtung würde Irland im Vergleich zu anderen Ländern eine relativ gleiche Einkommensverteilung aufweisen, die auch im Laufe der Zeit, von Ende der 80er bis Mitte der 90er Jahre relativ stabil geblieben ist. Die Erklärung liegt im Steuer- und Sozialtransfersystem, welches niedrige Einkommensbezieher nicht benachteiligte: Zum einen wurden die Sozialtransfers nicht abgesenkt und zum anderen zahlen Niedriglohnbezieher nur sehr wenig Steuer- und Sozialabgaben.⁴⁴ Irland ist also nicht den Weg seines Nachbarn Großbritannien gefolgt, wo die Sozialtransfers erheblich reduziert wurden, sondern es ähnelt in seiner beschäftigungs- und sozialpolitischen Vorgehensweise eher den kontinentaleuropäischen Ländern Niederlande und Dänemark.

9 Zusammenfassung und Bewertung

Bis in die achtziger Jahre verfolgte Irland eine Wirtschaftspolitik, die zu hoher Staatsverschuldung führte. Dies wiederum zwang zur Erhöhung der Steuer- und Sozialabgaben, bis schließlich der Spielraum des Staates zunehmend eingeschränkt wurde. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung er-

reichten Rekordhöhen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Misere wurde den politischen Akteuren klar, dass eine Veränderung unumgänglich war. Als kleine offene Volkswirtschaft (small open economy) musste sich Irland dem Wettbewerb stellen. Dies um so mehr, als durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 immer mehr Wettbewerbsbarrieren abgebaut werden mussten. Insofern stand die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der irischen Wirtschaft im Vordergrund der Überlegungen. Zugleich musste die Staatsverschuldung zurückgeführt werden, um wieder mehr Handlungsspielraum zu gewinnen. Dies konnte nicht über Steuer- und Abgabenerhöhungen wie in der Vergangenheit erfolgen, sondern durch Kürzung der Staatsausgaben. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sollte vor allem über die Lohnpolitik erfolgen. Zu diesem Zweck schlossen Regierung, Gewerkschaften, Unternehmen und Landwirtschaftsverbände erstmals 1987 für drei Jahre ein Bündnis für Arbeit („Programme for National Recovery“), dessen Kern Vereinbarungen über Lohnsteigerungen unterhalb der Produktivitätszunahme darstellten. Die Gewerkschaften fanden sich zur Zustimmung bereit, da im Gegenzug die Einkommenssteuern gesenkt und Sozialleistungen nicht gekürzt wurden. Die Erfolge stellten sich nicht gleich ein. So erreichte z. B. 1993 die Arbeitslosigkeit mit 16 % nochmals einen Höchststand. Die folgenden Bündnisse für Arbeit (social partnership agreements) hielten an diesem Prinzip fest und Regierungswechsel stellten dies nicht in Frage. Dies gilt auch für das aktuelle, bis 2000 vereinbarte („Partnership 2000“).

Ab 1993 ist eine laufende Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation festzustellen. Die Staatsverschuldung konnte unter die Maastricht-Kriterien gedrückt werden, die Arbeitslosigkeit sank unter 7%. Dazu haben beigetragen die Änderungen der makroökonomischen Strategien einschließlich Lohnzurückhaltung, die hohen ausländischen Direktinvestitionen in den modernen hochproduktiven und wettbewerbsfähigen Industrien, die Zuflüsse aus den europäischen Strukturfonds und ein qualifiziertes Erwerbspersonenpotenzial. Geholfen hat sicherlich auch die bessere wirtschaftliche Situation im Gefolge des europäischen Binnenmarktes, welche sich für die irische Exportwirtschaft vorteilhaft auswirkte.

Jedoch kein Licht ohne Schatten. So entsteht z. B. die hohe Wertschöpfung, und damit das Wirtschaftswachstum, zu einem großen Teil in den modernen Sektoren (Chemie, Pharmaindustrie, Informationstechnologie), in die viel ausländisches Kapital geflossen ist. Viele Unternehmen sind also in ausländischem Besitz und Teil eines multinationalen Konzerns. Wegen der niedrigen Besteuerung wird die Produktionskette – über Konzern-Vorleistungen bis Endprodukt – so „gestaltet“, dass der Gewinn vor allem in Irland anfällt. Dies bläht die Sozialproduktstatistik auf. Inzwischen fließt wegen der Gewinntransfers mehr Kapital ab, als hereinkommt.

Das Prinzip von niedriger Besteuerung von Unternehmensgewinnen verbunden mit Lohnsteigerungen unterhalb des Produktivitätsniveaus führt zu einer dauernden Umverteilung

des Volkseinkommens zugunsten des Kapitals. Dadurch besteht die Gefahr von größerer Ungleichheit. Der letzte Beschäftigungspakt legte deshalb mehr Wert auf die Beachtung des sozialen Zusammenhalts. Weiterhin ergibt sich die Notwendigkeit einer verstärkten Exportorientierung, da die inländische Nachfrage nicht ausreicht. Eine solche Politik könnte man als „beggar my neighbour“ Politik bezeichnen. Sie zwingt andere Länder des gemeinsamen Marktes zur Nachahmung der günstigen Produktionsbedingungen, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dann aber besteht die Gefahr eines Wettlaufs: Die Regierungen senken die Unternehmenssteuern, damit die Renditen steigen und in der Hoffnung, dass die Unternehmen mit neuen Investitionen Arbeitsplätze schaffen. Mit denselben Argumenten „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ werden die Gewerkschaften aufgefordert, Lohnzurückhaltung zu üben. Eine solche Politik wäre also auf Dauer keine allgemein nachahmenswerte Politik, aber sie erwies sich für ein Land wie Irland, das sich gegenüber den entwickelten EU-Ländern in einem Aufholprozess befand, als eine sinnvolle Strategie.

Weiterhin wird bemängelt, dass nach wie vor der Anteil der Langzeitarbeitslosen sehr hoch ist. An dieser Personengruppe ging also der rasante Wirtschaftsaufschwung teilweise vorbei. Allerdings sinkt in letzter Zeit die Langzeitarbeitslosigkeit stärker als die Gesamtarbeitslosigkeit.

Ein weiterer Problempunkt ist die in manchen Bereichen mangelhafte Infrastruktur. Diese wurde wegen der Sparmaßnahmen vernachlässigt. In den neuen Planungen soll in Zukunft dafür mehr ausgegeben werden, um Irland weiterhin für Investoren und Arbeitskräfte attraktiv zu halten. Beispiele sind Transportwesen, Kinderbetreuung, Umweltschutz, Energieversorgung, Wohnungsbau, Forschung.⁴⁵

Der Umschwung in Irland beruhte auf einer Änderung und laufenden Überprüfung der makroökonomischen Strategien, irlandspezifischen Faktoren und richtigem Timing, d. h. es wurde genau zum passenden Zeitpunkt etwas getan, als auch das Umfeld dazu günstig war. Insofern spielte Glück auch eine Rolle.⁴⁶ Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass keine einzelne Maßnahme oder Strategie den Ausschlag gab, sondern ein Bündel, welches auf die Situation und die länderspezifischen Gegebenheiten abstellte.⁴⁷ Insofern ist eine bloße Nachahmung des „keltischen Tigers“ nicht möglich. Trotzdem kann man aus dem Beispiel Irland einiges lernen.

Zuerst die Notwendigkeit eines aufeinander abgestimmten Policy-mix. Im Kern ist dies auch bereits das Ergebnis bisheriger Berichte zu beschäftigungspolitisch erfolgreichen Ländern⁴⁸ und der Sisyfo-Modellrechnungen des IAB.⁴⁹ Die Modellrechnungen des IAB zeigen, dass ein günstiger makroökonomischer Rahmen, ähnlich der irischen Strategie, erfolversprechend ist. Weiteres Ergebnis der Modellrechnungen ist das Erfordernis, bei hoher Arbeitslosigkeit eine Zeit lang nur Lohnsteigerungen unterhalb der Produktivitätsentwicklung (Lohnzurückhaltung) zuzulassen – wie im irischen Beispiel gezeigt. In Irland war dies möglich durch eine Reihe von Beschäftigungspakten seit 1987 mit Beteiligung der Regierung und der Sozialpartner. Die Lohnzurückhaltung wurde für die Arbeitnehmer akzeptabel gemacht durch Senkung der direkten Steuern – wie auch in den auf dem Sisyfo-Modell basierenden IAB-Strategiebündel vorgeschlagen. Ähnlich wie in Irland gibt es in einer Reihe von anderen Ländern seit langem Beschäftigungspakte. Sie trugen insbesondere in kleineren Ländern zum Erfolg von Wirtschaft und Arbeitsmarkt bei.⁵⁰ Kleine Länder haben in dieser Hinsicht einen Vorteil gegenüber den größeren: Zum einen handelt es

⁴⁵ Siehe hierzu: Fitz Gerald 1999b; OECD 1999a, S. 106 ff.

⁴⁶ Fitz Gerald 1999a, S. 39: „It is clear that an important ingredient of the current Irish success story is luck.“

⁴⁷ Der Umschwung in Irland kann auch als Beispiel einer erfolgreichen wirtschaftlichen Aufholjagd angesehen werden. Dieses Beispiel kann für die Transformationsländer und insbesondere die Beitrittskandidaten der EU lehrreich sein.

⁴⁸ So auch bei Schettkat 1999, S. 170; Werner 1998.

⁴⁹ IAB-Werkstattbericht Nr. 10 vom 28. 9. 1998; IAB-Kurzbericht Nr. 4 vom 3. 2. 1998

⁵⁰ Auer 1999

sich um offene Volkswirtschaften, die wegen der Enge des heimischen Marktes gut in die Weltwirtschaft integriert sind. Die „Kleinen“ sind deshalb Anpassungen gewöhnt, weil sie sich schon immer und mehr als die „Großen“ auf Veränderungen ihres Umfelds einstellen mussten. Sie müssen sich stärker nach außen orientieren und von außen informieren. Ein Austausch zwischen Wissenschaft und Politik ist stärker gefordert. Zum anderen ist in einem kleineren Land ein Konsens leichter herzustellen, da Strukturen und Institutionen überschaubar sind und sich die Akteure kennen. Erleichtert wird dies noch dadurch, dass die Hauptstädte überproportional groß sind und sich dort die meisten Entscheidungsträger finden. Informelle persönliche Beziehungen sind ein wichtiges Element für erfolgreiche Verhandlungen und Konsens.⁵¹ Die Bildung von Beschäftigungspakten wurde außerdem dadurch erleichtert, dass gute institutionelle Voraussetzungen vorlagen, wie der National Economic and Social Council. Hier treffen sich die Arbeitsmarktakeure regelmäßig, um die Lage zu besprechen, Meinungen auszutauschen oder bindende Beschlüsse zu fassen.

Zur weiteren Entwicklung in Irland werden Befürchtungen geäußert, dass sich die Konjunktur überhitzt. Arbeitskräfte könnten knapp werden, was die Löhne und dann die Preise in die Höhe treiben könnte.⁵² Bis jetzt wurde der Preisanstieg unter Kontrolle gehalten. Nach dem Wegfall der geldpolitischen Instrumente – diese finden sich jetzt bei der Europäischen Zentralbank – bliebe der irischen Regierung als Gegensteuerung nur noch die Erhöhung der direkten Steuern oder eine Abgabe auf Immobilien, deren Werte in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen sind. Vieles hängt auch davon ab, ob die Gewerkschaften weiterhin moderaten Lohnerhöhungen zustimmen, wenn der momentane Beschäftigungspakt (partnership 2000) im Jahr 2000 ausläuft. Das Economic and Social Research Institute (ESRI) äußert sich in seiner neuesten mittelfristigen Prognose optimistisch, dass eine „weiche Landung“ gelingen werde. Allerdings wird mittelfristig nur noch ein Wirtschaftswachstum von ca. 5 % zu erwarten sein.⁵³

Literaturverzeichnis

- Auer, Peter (1999): CEPR Comparative Review – Europe's employment revival: four small European countries compared. Social Dialogue and Employment Success: An ILO Symposium, Geneva, 2-3 March 1999
- Aust, Andreas (1999): Irlands Entwicklung im europäischen Binnenmarkt. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag
- Baker, T. J. u. a. (1999): Quarterly Economic Commentary, August 1999. Dublin: The Economic and Social Research Institute (ESRI)
- Barrett, Alan/ Fergal Trace (1998): Who is coming back? The Educational Profile of Returning Migrants in the 1990s. In: Irish Banking Review, Summer 1998
- Barry, Frank (Hrsg) (1999): Understanding Ireland's Economic Growth. Houndsmills u. a.: MacMillan Press Ltd.
- Barry, Frank/ John Bradley/ Aoife Hannan (1999): The European Dimension: The Single Market and the Structural Funds. In: Frank Barry (Hrsg.), Understanding Ireland's Economic Growth, S. 99-118
- Barry, Frank/ John Bradley/ Eoin O'Malley (1999): Indigenous and Foreign Industry: Characteristics and Performance. In: Frank Barry (Hrsg.), Understanding Ireland's Economic Growth, S. 45-74
- Cahill, Noel (1998): The Nature of Economic Growth in Ireland. In: Irish Banking Review, Summer 1998
- Callan, Tim (Hrsg) (1997): Income Support and Work Incentives: Ireland and the UK. Policy Research Series, Paper No. 30. Dublin: The Economic and Social Research Institute (ESRI)
- Callan, Tim/ Brian Nolan (1999): Income Inequality in Ireland in the 1980s and 1990s. In: Frank Barry (Hrsg.), Understanding Ireland's Economic Growth, S. 167-192
- Chennells, Lucey/ Rachel Griffith (1997): Taxing profits in a changing world. London: Institute for Fiscal Studies
- Economic and Social Research Institute (1999): Quarterly Economic Commentary. August 1999. Dublin
- Europäische Kommission: Beschäftigung in Europa, verschiedene Jahrgänge
- European Commission (1996): Mutual Information System on Employment Policies (MISEP): Basic Information Report Ireland. Berlin: Institute for Applied Socio-Economics
- European Commission (1997): Labour Market Studies: Ireland. Brussels, Luxembourg
- European Commission (1999): Ireland Employment Action Plan 1999. http://www.europa.eu.int/comm/dg05/empl&esf/naps99/napir_en.pdf
- Eurostat (1998): Erhebung über Arbeitskräfte – Ergebnisse 1997. Luxemburg
- FAS, Training & Employment Authority (1998): Summary review of labour market trends in 1998. FAS labour market update paper no. 9/98. <http://www.fas.ie/lmu/lmu998.htm>
- FAS, Training & Employment Authority (1999): Employment and labour force outlook to 2001. FAS labour market update paper no. 1/99. <http://www.fas.ie/lmu/lmu199.htm>
- Fitz Gerald, John (1999a): Understanding Ireland's Economic Success. Working Paper No. 111. Dublin: The Economic and Social Research Institute (ESRI)
- Fitz Gerald, John u. a. (Hrsg) (1999b): National Investment Priorities for the Period 2000–2006. Policy Research Series No. 33, March 1999. Dublin: The Economic and Social Research Institute (ESRI)
- Gray, Alan W. (Hrsg) (1997): International Perspectives on the Irish Economy. Dublin: Indecon Economic Consultants
- Honohan, Patrick (1999): Fiscal Adjustment and Disinflation in Ireland: Setting the Macro Basis of Economic Recovery and Expansion. In: Frank Barry (Hrsg.), Understanding Ireland's Economic Growth, S. 75-98
- IAB-Autorengemeinschaft (1998): IAB-AGENDA '98 – Wissenschaftliche Befunde und Empfehlungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. IABwerkstattbericht Nr. 10.
- Internationale Arbeitsorganisation (1999): Kleine Länder – ganz groß: Beschäftigungserfolge in kleineren europäischen Ländern – Beispiele für die großen? In: Die Welt der Arbeit Nr. 29. Genf
- Leddin, Anthony J./ Brendan M. Walsh (1998): The Macroeconomy of Ireland. Fourth Edition. Dublin: Gill & Macmillan Ltd.
- Martin, John P. (1996): Measures of replacement rates for the purpose of international comparisons: A note. In: OECD (1996): OECD Economic Studies No. 26. Paris
- National Economic and Social Council (1996): Strategy into the 21st Century: Conclusions and Recommendations. Dublin
- O'Connell, Philip J. u. a. (1999): Country Employment Policy Reviews: Ireland. Social Dialogue and Employment Success: An ILO Symposium, Geneva, 2-3 March 1999

⁵¹ Internationale Arbeitsorganisation 1999, S. 16

⁵² Im neuesten irischen Nationalen Beschäftigungsplan (NAP) für die Europäische Kommission steht als erstes Ziel der Arbeitsmarktstrategie: „Mobilise labour supply by tapping into potential pools of labour to support sustainable low inflationary growth“, siehe Ireland Employment Action Plan 1999, S. 8, www.europa.eu.int/comm/dg05/empl&esf/naps99/napir_en.pdf

⁵³ Economic and Social Research Institute 1999, S. 29

- O'Donnell, Kory/ Colm O'Keardon (1997): Ireland's experiment in social partnership 1987-96. In: Giuseppe Fajertag u. a. (Hrsg): Social Pacts in Europe. Brussels: European Trade Union Institute
- OECD: Employment Outlook, verschiedene Jahrgänge
- OECD (1994): The OECD Jobs Study: Evidence and Explanations. Part I: Labour Market Trends and Underlying Forces of Change. Part II: The Adjustment Potential of the Labour Market. Paris
- OECD (1996): OECD Economic Studies, No. 26, 1996/I. Paris
- OECD (1997): OECD Economic Surveys: Ireland. Paris
- OECD (1999a): OECD Economic Surveys: Ireland. Paris
- OECD (1999b): Labour Force Statistics 1977-1997. Paris
- Schettkat, Ronald (1999): Small Economy Macroeconomics: The Economic Success of Ireland, Denmark, Austria and the Netherlands Compared. In: Intereconomics, July/August
- Schnur, Peter/ Ulrich Walwei/ Gerd Zika (1998): Wege zu mehr Beschäftigung – Strategiebündel immer noch tragfähig. IABkurzbericht Nr. 4 vom 3.2.1998
- Sweeney, Paul (1998): The Celtic Tiger: Ireland's Economic Miracle Explained. Dublin: Oak Tree Press
- Tansey, Paul (1998): Ireland at Work: Economic Growth and the Labour Market, 1987-1997. Dublin: Oak Tree Press
- Walsh, Brendan (1999): The Persistence of High Unemployment in a Small Open Labour Market: The Irish Case. In: Frank Barry (Hrsg.), Understanding Ireland's Economic Growth, S. 193-226
- Walwei, Ulrich (1996): Aktive Arbeitsmarktpolitik in OECD-Ländern – Entwicklungstendenzen und Effekte. In: MittAB 3, S. 349-362
- Werner, Heinz (1998): Beschäftigungspolitisch erfolgreiche Länder – Was steckt dahinter? In: MittAB 2, S. 324-333
- ZEW (1999): Meinungsstreit über die effektive Steuerbelastung von Unternehmen. In: ZEW news. Mannheim, S. 1 ff.